

Dariusz Wojtaszyn

## Erich Honecker und die *Solidarność*

Am 1. Juli 1980 wurde in der Volksrepublik Polen eine Preiserhöhung für Fleisch angekündigt. Der Beschluss löste eine große Streik- und Protestwelle der Arbeiter aus, die im Endeffekt zur Gründung der ersten freien Gewerkschaft im Ostblock führte – der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft *Solidarność*. Das Oberste Gericht Polens akzeptierte die Registrierung der *Solidarność*, die in kurzer Zeit neun bis zehn Millionen Mitglieder aufnahm. Diese Ereignisse weckten das Interesse der Öffentlichkeit in der ganzen Welt. Über lange sechzehn Monate hinweg verfolgten sowohl politische Eliten wie auch die Bevölkerungen vieler Länder die Entwicklung in der Volksrepublik Polen.

Auch in der DDR stießen die Gründung der unabhängigen Gewerkschaft und die politische Krise im Nachbarland auf großes Interesse. Die politischen Eliten der DDR allerdings verfolgten die Ereignisse mit zunehmender Unruhe und mit Argwohn. Die SED-Führung nahm an, dass die polnische Krise die Stabilität und Festigkeit des sozialistischen Lagers und somit auch der DDR gefährde. Die Ängste der DDR-Führung waren mit dem so genannten „Zangensyndrom“ verbunden, der Befürchtung, durch die fortschreitende Liberalisierung im Nachbarland könnte die DDR militärstrategisch von der Sowjetunion abgeschnitten werden (Brandt 2002, 291). Darüber hinaus war die Entwicklung in Polen eine Gefahr für die Machtposition Erich Honeckers, denn aufgrund der Parallelen zwischen ihm und Edward Gierek – der Erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiter Partei (PVAP) wurde noch im September 1980 entmachteter – stand zu befürchten, die offene

Abrechnung mit den Fehlern Giereks könnte ähnliche Diskussionen in der DDR hervorrufen (Kubina 1998, 8).

Im vorliegenden Beitrag werden Rolle und Haltung des SED-Chefs gegenüber der polnischen Freiheitsbewegung *Solidarność* einer genaueren Analyse unterzogen. Der untersuchte Quellenkorpus umfasst vor allem interne Materialien und Dokumente aus dem Herrschaftsapparat der SED sowie Presseartikel ostdeutscher Zeitung der betreffenden Zeitspanne.

Bis Ende August 1980 glaubte Erich Honecker wohl noch, die Streiks in Polen könnten unter Kontrolle bleiben. Doch die Unterzeichnung des „Danziger Abkommens“ und der Abkommen in Szczecin und Jastrzębie zwischen der PVAP und den Streikenden veränderte diese Situationseinschätzung schnell. Die erste Reaktion Honeckers, die in den Akten zu finden ist, war eine Lageeinschätzung in der Sitzung des SED-Politbüros am 2. September 1980, in der Informationen des DDR-Botschafters in Warschau, Günter Sieber, die am 31.08.1980 verfasst worden waren, zur Grundlage eines Referates wurden. Außer scharfer Kritik an der polnischen Parteiführung (vgl. Olschowsky 2005, 35f.) enthielt das Dokument schon jenen Begriff der „Konterrevolution“, der in den nächsten Monaten den ostdeutschen Diskurs über die Situation in Polen prägen sollte.<sup>1</sup>

Die alarmierenden Formulierungen Siebers mussten den Generalsekretär des ZK der SED tief beunruhigen. Um die Darlegungen des Botschafters zu verifizieren, versuchte Honecker auch, Informationen aus erster Hand direkt von der polnischen Seite zu erlangen. So ar-

rangierte Hermann Axen, SED-ZK-Sekretär für internationale Verbindungen, ein Treffen mit Andrzej Żabiński, ZK-Sekretär der PVAP und Politbüromitglied<sup>2</sup> sowie Emissär des neuen Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Stanisław Kania, nachdem Edward Gierek auf einem außerordentlichen ZK-Plenum in der Nacht vom 5. zum 6. September ersetzt worden war (Paczkowski 2002, 68f.). Das Gespräch machte Honecker wohl deutlich, dass seine Befürchtungen zutrafen, denn in seinen folgenden Reaktionen verlor er jede Zurückhaltung: Auf der nächsten Sitzung des SED-Politbüros schlug er vor, „sich an Genossen L.I. Brežnev zu wenden mit dem Vorschlag, eine Beratung der Generalsekretäre bzw. Ersten Sekretäre der Bruderparteien der sozialistischen Länder zu aktuellen politischen Fragen durchzuführen“.<sup>3</sup> Diese Entscheidung kann man als einen Versuch interpretieren, Vorbereitungen zur Intervention der Armeen des Warschauer Pakts in Polen in Gang zu setzen (vgl. Tantzsch 1995, 2610ff.; Wojtaszyn 2007, 55f.).

Die Reaktion der SED-Führung bestand darüber hinaus in einer Isolierungspolitik gegenüber Polen. Um sich gegen unerbetene Einflüsse zu wappnen und die Bürger der DDR von eventuellen Informationen aus und über Polen abzuschotten, schloss die Regierung der DDR die östliche Staatsgrenze. Am 30. Oktober 1980 wurde der visa- und passfreie Reiseverkehr zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen einseitig ausgesetzt;<sup>4</sup> alle institutionellen und gesellschaftlichen Kontakte zu Polen wurden beschränkt (Brandt 2002, 293; Wojtaszyn 2007, 57, 74ff.).

Nach Erich Honeckers Maßstäben war die Zulassung einer freien Gewerkschaft durch ein Oberstes Gericht – wie im Falle der *Solidarność* in Polen am 10. November 1980 – für eine sozialistische Gesellschaft gänzlich inakzeptabel (Formański 1996, 64ff.).<sup>5</sup> Seinen Widerspruch formulierte Honecker zunächst in einem Gespräch anlässlich der Verabschiedung des polnischen Botschafters Stefan Olszowski in Berlin: „Ohne Zweifel war dieser Kompromiss ein großer Rückschlag für alle, die die Hoffnung hegten, dass Ihr selbst die Probleme meistert“.<sup>6</sup> Während der Beratung in Moskau dozierte er dann: „Die Klasseninteressen der Arbeiter

kann niemand anders zum Ausdruck bringen und verwirklichen als die Partei, die mit dem wissenschaftlichen Sozialismus ausgerüstet ist“.<sup>7</sup>

Bereits in diesem Zeitraum hielt Honecker militärische Gewalt für ein gerechtfertigtes Mittel, der polnischen Demokratiebewegung zu begegnen. Er gehörte zu den entschiedenen Befürwortern einer militärischen Intervention des Warschauer Paktes, die er schon im oben zitierten Gespräch mit Olszowski offen androhte: „Die Revolution [...] kann sich friedlich oder unfriedlich entwickeln. Wir sind nicht für Blutvergießen. Das ist das letzte Mittel. Aber auch dieses letzte Mittel muss angewandt werden, wenn die Arbeiter-und-Bauern-Macht verteidigt werden muss. Das sind unsere Erfahrungen aus dem Jahre 1953, das zeigen die Ereignisse 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei“.<sup>8</sup> In seinem Brief an Breshnew, in welchem er die Einberufung eines Treffens der Parteichefs der Warschauer Pakt-Staaten vorschlug und mit Euphemismen für eine militärische Lösung plädierte, fand diese Haltung ihre Bestätigung. Namentlich befürwortete er „kollektive Hilfsmaßnahmen für die polnischen Freunde [zur] Überwindung der Krise, die sich [...] von Tag zu Tag verschärft. [...] Gestern wären unsere gemeinsamen Maßnahmen vielleicht vorzeitig gewesen, heute sind sie notwendig, aber morgen können sie schon verspätet sein“.<sup>9</sup>

Honecker vergaß auch nicht hinzuzufügen, dass der tschechoslowakische und der bulgarische Parteichef, Gustav Husak und Todor Shiwkow, ebenfalls ein Treffen für notwendig hielten. Damit liegt die Vermutung nahe, dass er den Vorschlag bereits mit anderen kommunistischen Führern abgestimmt hatte, um eine breitere Koalition von Befürwortern einer Intervention zu gewinnen.

Breshnews Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Das Treffen der Repräsentanten der sozialistischen Länder sollte zum 5. Dezember 1980 in Moskau einberufen werden. Auf einer gemeinsamen Sitzung des SED-Politbüros mit dem Verteidigungsministerium der DDR am 28. November 1980 in Strausberg<sup>10</sup> und dann auf der Sitzung des SED-Politbüros am folgenden 2. Dezember<sup>11</sup> wurden die ostdeutschen Mit-

glieder der Delegation benannt (Erich Honecker, Ministerpräsident Willi Stoph, Hermann Axen, Verteidigungsminister Heinz Hoffmann und Staatssicherheitsminister Erich Mielke). Honecker selbst wurde die Generalvollmacht erteilt, für eine militärische Intervention in Polen einzutreten, sollte diese zur Debatte stehen (vgl. Kubina 1998, 11ff.).

Gleichzeitig veranlasste die SED-Führung die Vorbereitung der Nationalen Volksarmee (NVA) auf eine Intervention. Die kurzfristig geplanten außerordentlichen militärischen Maßnahmen gegen das polnische Staatsgebiet wurden unter euphemistischer Chiffre getarnt – als „gemeinsame Ausbildungsmaßnahme“.<sup>12</sup> Auch wurden genauere Einsatzpläne erarbeitet. In den vorgefertigten Einsatzbefehlen fehlten lediglich noch präzise Angaben über Beginn und Dauer der „Ausbildungsmaßnahmen“, denn das politische Signal hätte vom Moskauer Treffen ausgehen müssen.

Die Beratung der Partei- und Regierungschefs fand am 5. Dezember 1980 in Moskau statt. Honecker sprach sich während der Beratung eindrücklich für eine militärische Lösung aus: „Unsere Beratung wurde angesichts der Entwicklung in der Volksrepublik Polen dringend erforderlich. Die Ereignisse im polnischen Nachbarland erfüllen die Führung unserer Partei, die Kommunisten, die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik mit größter Sorge. Niemandem, dem die Sache des Friedens und des Sozialismus am Herzen liegt, kann es gleichgültig sein, was in der VR Polen vor sich geht. [...] Aber wir haben auch eine Verantwortung vor unseren Völkern, vor unseren Freunden in der ganzen Welt. Sie rechnen damit, dass wir den polnischen Kommunisten helfen, über die Konterrevolution zu siegen“.<sup>13</sup>

Zwar berief sich Honecker dabei auf die früheren Fälle, in denen Liberalisierungsbestrebungen in sozialistischen Ländern mit militärischer Gewalt unterdrückt worden waren: „Wie Ihnen bekannt ist, hatten wir 1953 in der Deutschen Demokratischen Republik auch eine schwierige Lage. [...] Der Imperialismus betrieb von außen den Sturz der Arbeiter- und Bauern-Macht und setzte im Inneren auf die Konterrevolution. Wir mussten also schnell handeln. Mit politischen

Maßnahmen verbanden wir administrative. [...] Innerhalb kurzer Zeit gelang es, die konterrevolutionären Kräfte von der Arbeiterklasse zu isolieren und zu schlagen. Hier wurde mit Recht gesagt, die Revolution kann sich friedlich oder nichtfriedlich entwickeln, wie wir alle wissen. Als Kommunist muss man bereit sein, je nach den Erfordernissen beide Wege in Betracht zu ziehen und im entscheidenden Augenblick danach zu handeln. Wenn die Arbeiter- und Bauern-Macht, die Volksmacht auf dem Spiele steht, wenn sie vor konterrevolutionären Kräften geschützt werden muss, die entschlossen sind aufs Ganze zu gehen, dann bleibt keine andere Wahl als der Einsatz der Machtorgane des Arbeiter- und Bauern-Staates. Das sind unsere Erfahrungen aus dem Jahre 1953. Das zeigen die Ereignisse von 1956 in Ungarn über die Genosse Kadar sprach, und von 1968 in der CSSR“ (ebd., 169f.).

Doch trotz dieser entschiedenen Haltung des SED-Chefs entschieden sich die Teilnehmer der Beratung gegen eine militärische Lösung. Für diese Entscheidung gab es mehrere Gründe. Einer lag in der Haltung des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter und seines Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski, die Breshnew gewarnt hatten: Eine Militärintervention in Polen würde mit wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen und sogar einer Blockade Kubas zu bezahlen sein (Brzezinski 1990, 216ff.; Brzezinski 1998, 33ff.). Weitere Akteure verwiesen darauf, dass ein Einsatz der Warschauer-Pakt-Armeen eine Erhöhung des NATO-Budgets provozieren und die militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und China beschleunigen würde (Kukliński 1987, 24f.). Auch das Engagement der Sowjetunion in Afghanistan spielte eine Rolle (Gribkow 1990, 288; Weydenthal et al. 1990, 177). Nicht ohne Bedeutung waren schließlich die Haltung von János Kádár und Nicolae Ceaușescu, die sich in Moskau jeder militärischen Intervention widersetzen, sowie die Einstellung Stanisław Kania, der mit entschiedenen Maßnahmen gegen die „Konterrevolution“ vorzugehen versprach.<sup>14</sup>

Die Entscheidung in Moskau bedeutete jedoch nicht, dass Honecker völlig und endgültig auf die Idee der militärischen Intervention

gegen die *Solidarność* verzichtete. Der Befehl Nr. 118/80 zur Vorbereitung der „gemeinsamen Ausbildungsmaßnahme“ blieb bis April 1982 in Kraft<sup>15</sup> und betraf im Übrigen auch weitere Armeen des Warschauer Pakts (vgl. Kukliński 1987, 25). Das bestätigt jedenfalls, dass Honecker wie mutmaßlich auch andere Politbüromitglieder skeptisch blieb, ob es der polnischen Führung ohne Hilfe von außen gelingen würde, die angespannte Situation in den Griff zu bekommen. Auch der Wechsel an der polnischen Regierungsspitze – am 11. Februar 1981 wurde der Verteidigungsminister General Wojciech Jaruzelski zum Premier gewählt,<sup>16</sup> was als Zeichen für eine Militarisierung der polnischen Regierung interpretiert werden konnte – änderte die Haltung Honeckers nicht, ebenso wenig wie der offizielle Besuch Stanisław Kanias in der DDR am 17. Februar 1981. Honecker empfahl dem polnischen Gast eine Orientierung an der DDR, sei diese doch ein Vorbild für die Lösung aller Probleme Polens. Daraus resultierte auch eine Drohung: „1953 sei es notwendig gewesen, Gewalt zu gebrauchen, da die konterrevolutionären Elemente auf der Straße waren. Zum Einsatz kamen sowjetische Einheiten und Einheiten der Kasernierten Volkspolizei [...] Man habe eine Reihe von ihnen standrechtlich erschossen. Dies habe viele Menschen zum Nachdenken veranlasst“.<sup>17</sup>

Nach der so genannten Krise in Bydgoszcz im März 1981 (vgl. Bezwiński 2001; Paczkowski 2002, 147ff.; Rakowski 1985, 122ff.)<sup>18</sup> und dem Manöver „Sojus 81“, das im gleichen Monat unter anderem auf polnischem Territorium stattfand und an dem sowjetische, ostdeutsche, polnische und tschechoslowakische Truppen teilnahmen,<sup>19</sup> verstärkte sich die Kritik der SED und der KPdSU an der polnischen Führung und es wurde der Druck erhöht, entschiedener gegen die *Solidarność* vorzugehen (Weydenthal et al. 1990, 121ff.). Von da an forcierte auch Honecker seine Taktik. Er begann, sich noch stärker in die innere Situation der Volksrepublik Polen einzumischen und sprach sich ausdrücklich für die Unterstützung „marxistischer“, d.h., dogmatischerer, Funktionäre aus. Er initiierte die Einberufung eines geheimen Treffens mit Leonid Breshnew und Gustav Husak, das am

16. Mai 1981 in Moskau stattfand. Die drei Politiker beschlossen, einen Führungswechsel in der PVAP zu forcieren – in Honeckers Worten: „Ich bin nicht für ein militärisches Eingreifen, obwohl die Verbündeten laut Warschauer Vertrag das Recht dazu hätten. Richtig wäre, eine Führung zu schaffen, die bereit ist, den Ausnahmezustand zu verhängen, und entschieden gegen die Konterrevolution vorzugehen“.<sup>20</sup> Zu diesem Zweck schickte Honecker Vertreter der SED nach Polen.

Die Tätigkeit der SED-Emissäre entwickelte sich besonders intensiv im Vorfeld des 11. Plenums des ZK und des IX. Außerordentlichen Parteitags der PVAP, im Mai und Juni 1981. Doch trotz der Bemühungen Honeckers und anderer Politiker der SED gelang es nicht, eine neue Führung in der polnischen Partei zu installieren. Da auch nicht zu erwarten war, dass sich „marxistische“ Kräfte innerhalb der PVAP in absehbarer Zeit durchsetzen würden, änderte Honecker die in Moskau vorbesprochene Taktik und kehrte offenbar zur ursprünglichen Konzeption einer militärischen Intervention zurück (Wojtaszyn 2007, 65). Darauf deutet zweierlei hin: Zum einen bekundete Honecker erneutes Interesse an den Vorbereitungen der NVA für die „gemeinsamen Ausbildungsmaßnahmen“.<sup>21</sup> Zum anderen betonte er in einem persönlichen Gespräch mit Fidel Castro am 13. September 1981 in Kuba, man müsse „[a]ls erstes [...] dort Ordnung schaffen. Wir sind zu jeder Hilfe bereit“. Damit blieb auch Honeckers kubanischem Gesprächspartner kein Zweifel, dass es um eine militärische Lösung ging. Auf die Frage Castros, was passieren würde, wenn die USA als Reaktion auf den militärischen Einsatz des Warschauer Pakts in Polen eine Blockade Kubas verhängten, antwortete Honecker: „Dann werden wir die Blockade durchbrechen“.<sup>22</sup> Offensichtlich hielt selbst die Gefahr eines Dritten Weltkriegs Honecker nicht von seinem Vorhaben ab, notfalls mit Gewalt gegen die *Solidarność* vorzugehen.

Weiter beunruhigt wurde Honecker durch die „Botschaft an die Werktätigen Osteuropas“, die der 1. Landeskongress der *Solidarność* im September 1980 in Danzig verabschiedete. Die SED-Führung interpretierte diese Adresse als einen Versuch, die Konterrevolution über die



Grenzen Polens hinauszutragen. Sie reagierte sofort und beauftragte Horst Neubauer, den Botschafter der DDR in Warschau, bei der PVAP mit einer offiziellen Protestnote zu intervenieren (Tantzsch 1995, 2640; Kania 1991, 222ff.).

Im September 1981 fand unter dem Namen „Sapad 81“ u.a. auf dem Gebiet Polens das größte Manöver der Armeen des Warschauer Pakts seit dem Zweiten Weltkrieg statt, an dem auch polnische und ostdeutsche Truppen beteiligt waren. Es war nicht zuletzt eine Machtdemonstration gegenüber Polen; die Verbindung des Manövers mit der innenpolitischen Situation in Polen war für Honecker selbstverständlich (Wojtaszyn 2007, 66).

Mit Freude vernahm Honecker schließlich den Wechsel in der PVAP-Führung auf dem IV. ZK-Plenum im Oktober 1981, auf dem Kania als PVAP-Generalsekretär durch General Jaruzelski abgelöst wurde.<sup>23</sup> Honecker setzte große Hoffnungen in Jaruzelski und interpretierte diesen Schritt als wirkliche Vorbereitung zur Niederschlagung der *Solidarność*.<sup>24</sup> Die ersten Informationen, die er in den darauf folgenden Tagen aus Polen erhielt, dämpften indes seinen Optimismus, ließen sie doch kaum auf die erhoffte, entscheidende Konfrontation mit der Gewerkschaft schließen.<sup>25</sup>

Erst am 6. Dezember 1981 erhielt Honecker Informationen, nach denen sich die Ereignisse in der von ihm erhofften Weise zu entwickeln begannen. So berichtete der SED-Emissär in Polen, Ullmann, von einer Sitzung des Politbüros der PVAP, dass General Jaruzelski die Vollmacht erhalten habe, „nach eigenen Entschlüssen alles zu realisieren“.<sup>26</sup> Diese Auskunft musste großen Eindruck auf Honecker ausgeübt haben, rief der noch am selben Tag Jaruzelski an, um ihm volle Unterstützung, „brüderliche Solidarität“ und Hilfe anzubieten.<sup>27</sup> Bald darauf, am 10. Dezember, wurden die Informationen über Vorbereitungen des Kriegszustands in Polen von zwei weiteren Quellen bestätigt, vom Verteidigungsminister der DDR, General Heinz Hoffmann (Wilke et al. 1994, 25), und vom Botschafter der DDR in Warschau, Horst Neubauer.<sup>28</sup>

Wie zum Hohn zwar kam für Honecker dieses Datum nun recht ungünstig, standen

doch die Vorbereitungen für den zuvor bereits zweimal verschobenen Staatsbesuch des westdeutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt in der DDR an. Gleichwohl maß er der „Normalisierung“ der Lage in Polen doch größere Bedeutung zu als eventuellen Verschlechterungen in den Beziehungen zur Bundesrepublik und so unternahm er keinen Versuch, den Termin für den Schmidt-Besuch zu verschieben (vgl. Wojtaszyn 2007, 69f.).

Die Verhängung des Kriegszustands in der Volksrepublik Polen am 13. Dezember 1981 wurde in der DDR durch die erhöhte Einsatzbereitschaft der Grenztruppen und weiterer Teile der Streitkräfte flankiert. Im Stab der NVA entstand sogar eine Karte über „Truppenbewegungen am 13. und 14. Dezember 1981“, auf der geplante Aufstellungen und Handlungen ostdeutscher Mot.-Schützen- und Panzereinheiten auf polnischem Territorium verzeichnet waren (Kubina/Wilke 1995, 46). Honeckers üblicher Genehmigungsvermerk, die eigenhändige Signatur „E.H.“, auf der Karte belegt, dass er diesen Plänen zugestimmt hat (Wojtaszyn 2007, 68). Noch in der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember 1981 wurden die Ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitungen von Honecker aufgefordert, aufmerksam zu bleiben und bis auf Widerruf alles Notwendige zu gewährleisten, um auf die vorgesehenen Maßnahmen in Polen reagieren zu können.<sup>29</sup>

All diese Maßnahmen zeigen, dass Honecker gegenüber der Effektivität der Aktionen der polnischen Genossen skeptisch geblieben war. Noch am 16. Dezember 1981 wandte er sich in einem Telefongespräch an General Jaruzelski, um sich über dessen Einschätzung der Lage im Land zu erkundigen und die Hilfe der DDR (u.a. in Form von Nah- und Straßenkampfmitteln) anzubieten.<sup>30</sup> Erst in der zweiten Woche des Kriegszustands schien Honecker zu glauben, dass die ersten Voraussetzungen für die Lösung der Krise geschaffen worden waren – die erhöhte Einsatzbereitschaft des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) wurde teilweise aufgehoben (Bohnsack/Brehmer 1992: 122ff.).

Seit Beginn der polnischen Krise hat Honecker nichts unversucht gelassen, um die Wahrnehmung der Ereignisse durch die DDR-

Bürger zu manipulieren und die *Solidarność* auch propagandistisch zu bekämpfen. So legte er außerordentlichen Wert auf die Formulierung der Presseberichte (Wolle 1998, 53; Schlosser 1990, 105; Holzweißig 1997, 52ff.). In einem Gespräch mit Andrzej Zabiński, Mitglied des ZK der PVAP, schilderte er das propagandistische Anliegen wie folgt: „Wir in der Partei waren in einer schwierigen Lage. Wir mussten die Bevölkerung informieren, aber wir wollten der PVAP nicht in den Rücken fallen. Wir haben uns nicht eingemischt, aber gleichzeitig Erklärungen von Bruderparteien aus anderen Ländern so zusammengestellt, dass unsere Menschen begriffen, worum es in Polen ging. Unsere Menschen sagten, dass die Entwicklung bedauerlich ist und ihre Ursachen hat, aber lösen kann man die Probleme nur durch angestrengte Arbeit“.<sup>31</sup>

Besondere Bedeutung legte er auf das „Neue Deutschland“, das Zentralorgan der SED, dessen erste zwei Seiten erst gedruckt werden durften, wenn Honecker sie persönlich gelesen und akzeptiert hatte (Holzweißig 1997, 100; Schlosser 1990, 52). 1981 hat Honecker in mindestens 23 Fällen persönlich den Inhalt des „Neuen Deutschlands“ beeinflusst (SAPMO-BArchiv DY 30/IV 2/2.037/5.). Die Presse gehörte insofern zu den wichtigsten Instrumenten, mit denen die Staatsmacht das Bild über die Lage in Polen und das der Polen zu prägen suchte. Die meisten DDR-Bürger hatten zwar noch andere, alternative Informationsquellen – nicht zuletzt die westdeutschen elektronischen Medien, die fast im ganzen Land empfangen wurden,<sup>32</sup> jedoch blieb die ostdeutsche Presse nicht ohne Wirkung auf die öffentliche Meinung in der DDR. Dass die Rolle der DDR-Massenmedien für die Gestaltung eines negativen Polenbildes von großer Relevanz war, belegen auch MfS-Berichte.<sup>33</sup> Interessanterweise finden sich in den Archiven der DDR keine Anweisungen Honeckers, die die offizielle Informationspolitik der DDR zur polnischen Krise reguliert hätten und in denen die offensichtliche Zensur angeordnet worden wäre. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurden die entsprechenden Maßnahmen strukturell, im Rahmen der existierenden Kontrollsysteme, durchgeführt und von den

zuständigen Instanzen laufend beaufsichtigt (Wojtaszyn 2007, 94).

Die Berichterstattung in der offiziellen DDR-Presse während der sechzehn Monate zwischen der Gründung der *Solidarność* und der Einführung des Kriegsrechts entwickelte sich in drei Phasen (ebd.: 94ff.). Anfangs, von August bis November 1980, richteten sich die Kommentare und Berichte nur gegen die so genannten „antisozialistischen Elemente“ (ebd.: 103ff.). Die zweite Phase war geprägt vom Scheitern des Vorschlags für eine militärische Intervention. Ab Dezember 1980 betonten die Zeitungen die Unmöglichkeit einer friedlichen Überwindung der Krisensituation. Die Ursachen der Streiks und die Forderungen der polnischen Gesellschaft wurden vor allem als ökonomische dargestellt, um den Blick von den politischen Zielen der polnischen Arbeiter abzulenken. Die Diskreditierung der Ziele und Aufgaben der *Solidarność* sollte nicht nur die unabhängige Gewerkschaft in ein dunkles Licht rücken, sondern auch den großen Teil der polnischen Gesellschaft, der sich zur *Solidarność* bekannte, in ein negatives Bild setzen. Dem dienten nicht zuletzt Anspielungen auf den sog. polnischen Nationalcharakter, die aus einem überkommenen Arsenal antipolnischer Stereotype stammten, etwa die vermeintliche Neigung der Polen zu Chaos und Unordnung. Insbesondere der Topos der „polnischen Wirtschaft“ spielte eine zentrale Rolle in dieser Diskreditierungskampagne (vgl. Orłowski 1996 u. 2004), welche die prekäre wirtschaftliche Lage auf zynische Weise für die Förderung eines verzerrten Polenbildes instrumentalisierte (Wojtaszyn 2007, 112ff., 139).

Angesichts der wachsenden Bedeutung der *Solidarność* für die polnische Gesellschaft und der „Tatenlosigkeit“ (Honecker) der PVAP-Eliten wurde der Ton in der ostdeutschen Presse ab Mai 1981 nochmals verschärft. Nun wurde die *Solidarność* auch des Terrors und Nationalismus sowie der Schuld an steigender Kriminalität im Lande bezichtigt. So versuchte die DDR-Presse in ihrer Propaganda nicht nur Angst, sondern auch Gefühle der Überlegenheit, des Unmuts und der Verachtung gegenüber Polen zu schüren. „Chaos“ und „Anarchie“, so der Ton, kennzeichneten nicht mehr nur

die wirtschaftliche Krise, sondern bereits die Organisation der gesamten Gesellschaft, einschließlich der Regierungspartei selbst, welche die Kontrolle über die Gesellschaft verloren habe (ebd., 124ff., 140).

Nachdem mit der Verhängung des Kriegszustands in der Nacht vom 12. zum 13. Dezember 1981 in Polen eine Situation hergestellt worden war, die Honeckers Vorstellungen endlich entsprach, verzichtete die DDR-Presse gleichsam über Nacht auf die bis dahin angewandten Propagandatechniken und die antipolnischen Stereotype. In den ersten Wochen berichteten Journalisten der DDR entsprechend über die Maßnahmen der polnischen Regierung und die angeblich positiven Reaktionen der Bürger. Dank der neuen Politik der Regierung hätten sei die polnische Gesellschaft moralisch wieder aufgelebt. Die ostdeutsche Presse kehrte zur alten Rhetorik zurück: Polen war wieder ein „Bruderland“, die polnische Nation wieder ein „Brudervolk“ (ebd., 141ff., 164ff.). Nicht zuletzt wurde eine „Hilfsaktion“ für die Volksrepublik Polen initiiert, mit der man Mitleid für die Menschen im Nachbarland zu erwecken suchte (Wojtaszyn 2009, 156ff.).

Mit der Zeit ebte die offizielle Aufmerksamkeit für die Entwicklung in Polen wieder ab. Erich Honecker und andere SED-Politiker betonten fortan in offiziellen Reden vor allem die „Interessengemeinschaft“, die „Freundschaft“ und den „Aufschwung“ der bilateralen Beziehungen (Wojtaszyn 2007, 156 ff.).

## Anmerkungen

- 1 Vgl.: Die politische Entwicklung der VR Polen zwischen dem 4. und 5. Plenum des ZK der PVAP (Woche vom 24. bis 30. August) und die Lage am 31. August 1980. In: Kubina/Wilke (1995, 52).
- 2 Vgl.: Vermerk über das Gespräch des Genossen Erich Honecker mit Genossen Andrzej Zabiński, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterarbeit, am 13. September 1980. In: Kubina/Wilke (1995, 64-71).
- 3 Protokoll Nr. 39/80 Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 30. September 1980. In: Kubina/Wilke (1995, 72).
- 4 Vgl. Komunikat Polskiej Agencji Prasowej o modyfikacji na okres przejściowy trybu regulacji

- ruchu turystycznego między Polską a NRD. In: PRL-NRD 1970-1981. Dokumenty i materiały. 1983, 385; Olschowsky (2005, 37); Wojtaszyn (2007, 74). Siehe zudem ND (29.10.1980); Sächsisches Tageblatt, 30. 10.1980.
- 5 Siehe auch: Protokół z posiedzenia Biura Politycznego KC PZPR z 11 listopada 1980. In: Tajne dokumenty Biura Politycznego. PZPR a Solidarność 1980-1981. Oprac. Z. Włodek, Londyn 1992, 172-180.
  - 6 Vermerk über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrat der DDR, Genossen Erich Honecker, mit Genossen Stefan Olszowski, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, am 20. November 1980. In: Kubina/Wilke (1995, 109).
  - 7 Stenografische Niederschrift des Treffens führender Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 5. Dezember 1980 in Moskau. In: Kubina/Wilke (1995, 169).
  - 8 Vermerk über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrat der DDR, Genossen Erich Honecker, mit Genossen Stefan Olszowski, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, am 20. November 1980. In: Kubina/Wilke (1995, 111).
  - 9 Brief E. Honeckers an L. Brežnev vom 26. November 1980. In: Kubina/Wilke (1995: 122).
  - 10 Protokoll Nr. 48/80 der außerordentlichen Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 28. November 1980 in Strausberg. In: Kubina/Wilke (1995, 123f.).
  - 11 Protokoll Nr. 49/80 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 2. Dezember 1980. In: Kubina/Wilke (1995, 138f.).
  - 12 Vgl. Brief von Verteidigungsminister H. Hoffmann an E. Honecker vom 30. November 1980. In: Kubina/Wilke (1995, 135f.); Befehl Nr. 118/80 des Ministers für Nationale Verteidigung über die Vorbereitung und Durchführung einer gemeinsamen Ausbildungsmaßnahme der Vereinten Streitkräfte vom 06.12.1980 (ebd., 197ff.); Der wesentliche Inhalt der Meldung des Chefs des Militärbezirkes V, Generalmajor Gehmert, über die Ergebnisse der Recognoszierung auf dem Territorium der Volksrepublik Polen zur Durchführung der gemeinsamen Übung (ebd., 207f.). Vgl. auch Paczkowski (2002: 107f.); Kubina (1998: 11ff.); Wojtaszyn (2007: 58ff.).
  - 13 Stenografische Niederschrift des Treffens führender Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 5. Dezember 1980 in Moskau. In: Kubina/Wilke (1995, 166).
  - 14 Stenografische Niederschrift des Treffens führender Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des

- Warschauer Vertrages am 5. Dezember 1980 in Moskau. In: Kubina/Wilke (1995, 140-195).
- 15 Aktennotiz für den Minister für Nationale Verteidigung. In: Kubina/Wilke (1995, 395).
  - 16 Information zur Einschätzung des Achten Plenums des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. In: Kubina/Wilke (1995, 217ff.).
  - 17 Äußerungen der Genossen E. Honecker und St. Kania während der Fahrt am 17. Februar 1981 nach und von Hubertusstock. In: Kubina/Wilke (1995, 223).
  - 18 Am 19. März 1981 kam es in Bydgoszcz (Bromberg) zu einem Treffen von Gewerkschaftern der *Solidarność* mit Vertretern des Rates der Wojewodschaft, auf dem über die Zulassung der Bauerngewerkschaft diskutiert werden sollte. Das Treffen wurde aber – trotz vorheriger Verabredung – vorzeitig beendet. Aus Protest blieben die *Solidarność*-Delegierten im Gebäude und begannen mit einem Okkupationsstreik. Schließlich vertrieben Milizkräfte Gewerkschaftler mit Gewalt, wobei einige zusammengeschlagen und verletzt worden sind. Die *Solidarność*-Leitung forderte die Bestrafung der Verantwortlichen und drohte mit einem unbefristeten Generalstreik für 31. März 1981, was die angespannt Lage weiter zuspitzte. Nach einem Kompromiss zwischen Regierung und *Solidarność* wurde die Streikdrohung ausgesetzt.
  - 19 Am 16. März 1981 (drei Tage vor dem Vorfall in Bydgoszcz) begann in und um Polen das Manöver „Sojus 81“. Am Tag, an dem die *Solidarność* mit Generalstreik drohte, wurde das Manöver auf unbestimmte Zeit verlängert. In der Nacht vom 3. zum 4. April 1981 trafen sich Kania und Jaruzelski mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Dmitrij Ustinow und KGB-Chef Jurij Andropow zu einem Gespräch; darauf hin wurde „Sojus 81“ am 7. April 1981 beendet. Mit dem Manöver wollte man offensichtlich Druck auf die *Solidarność* ausüben und der polnischen Führung Unterstützung für die Verhängung des Kriegszustands geben. Siehe dazu Kukliński (1987, 31f.).
  - 20 Vermerk über das Treffen der Genossen Leonid Il'ič Brežnev, Erich Honecker und Gustav Husak am 16. Mai 1981 im Kreml in Moskau. In: Kubina/Wilke (1995, 280).
  - 21 Aktennotiz für den Stellvertreter des Ministers und Chefs des Hauptstabes. In: Kubina/Wilke (1995, 329f.).
  - 22 Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, anlässlich seines Aufenthaltes in Kuba mit dem Ersten Sekretär des ZK der KP Kubas und Vorsitzenden des Staatsrates und des Ministerrates der Republik Kuba Fidel Castro, am 13. September 1981 in Havanna. In: Kubina/Wilke (1995, 341).
  - 23 Protokół z posiedzenia Biura Politycznego KC PZPR z 18 października 1981. In: Tajne dokumenty Biura Politycznego. PZPR a Solidarność 1980-1981. Oprac. Z. Włodek, Londyn 1992. 504 f.; Barcikowski (1998, 298f.).
  - 24 S. z.B. Fernschreiben Honeckers an die Ersten Sekretäre der Bezirksleitungen der SED. In: Kubina/Wilke (1995, 376f.).
  - 25 Vermerk über ein Gespräch mit Genossen Atlas, Leiter der Abteilung Sicherheit und Staatsorgane des ZK der PVAP, am 10. November 1981. In: Kubina/Wilke (1995, 385); Vermerk über ein Gespräch mit Genossen Milewski, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP, am 16. November 1981 (ebd., 386).
  - 26 Ergänzungen zum Vermerk über das Gespräch des Gen. Ullmann mit Gen. Atlas vom 4. Dezember 1981. In: Kubina/Wilke (1995: 391).
  - 27 Niederschrift über ein Telefongespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, mit dem Ersten Sekretär des ZK des PVAP, Genossen Armeegeneral Wojciech Jaruzelski, am 6. Dezember 1981, um 20.49 Uhr. In: Cziomer (1996, 108).
  - 28 Telegramm von Botschafter Neubauer an Honecker vom 10.12.1981, Warschau. SAPMO-BArchiv ZPA J IV 2/20/57.
  - 29 Fernschreiben Honeckers an die Ersten Sekretäre der Bezirksleitungen der SED. In: Kubina/Wilke (1995, 392).
  - 30 Niederschrift über ein Telefongespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Genossen Armeegeneral Wojciech Jaruzelski, am 16. Dezember 1981, um 20.49 Uhr. In: Kubina/Wilke (1995, 392f.).
  - 31 Vermerk über das Gespräch des Genossen Erich Honecker mit Genossen Andrzej Żabiński, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterarbeit, am 13. September 1980. In: Kubina/Wilke (1995, 66).
  - 32 Das westdeutsche Fernsehen wurde nur im Bezirk Dresden nicht empfangen, weshalb man das Gebiet spöttisch als „Tal der Ahnungslosen“ bezeichnete, und die Abkürzungen ZDF und ARD mit „Zentrales Deutsches Fernsehen“ und „Außer Raum Dresden“ erklärte (vgl. Schlosser 1990, 120).
  - 33 Bericht zur Reaktion der Bevölkerung der DDR auf die Vorgänge in der VR Polen. BStU, MfS ZAIG 4152; Den Einfluss der Presse auf die öffentliche Meinung betont auch Brandt (2002, 298).



## Literatur

- Barcikowski, Kazimierz, 1998: U szczytów władzy. Warszawa.
- Bezwiński, Adam (Hg.), 2001: Marzec 1981. Perspektywa „społeczeństwa obywatelskiego”. Materiały z sesji naukowej i uroczystości odsłonięcia kamienia memorialnego. Bydgoszcz.
- Bohnsack, Günther/Brehmer, Herbert, 1992: Auftrag Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte. Hamburg.
- Brandt, Marion, 2002: Für eure und unsere Freiheit? Der Polnische Oktober und die Solidarność-Revolution in der Wahrnehmung von Schriftstellern aus der DDR. Berlin.
- Brzeziński, Zbigniew, 1990: Beitrag in: Wejda nie wejda. Polska 1980-1982: wewnętrzny kryzys, międzynarodowe uwarunkowania. Konferencja w Jachrance, listopad 1997. Londyn, 216-218.
- Brzeziński, Zbigniew, 1998: White House Diary 1980. In: Orbis 32 (1), 33-38.
- Cziomer, Erhard, 1996: Brüder oder Rivalen? Die Außenpolitik der DDR gegenüber Polen 1949-1989. In: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Annäherungen. Deutsche und Polen 1945-1995. Düsseldorf, 96-110.
- Formański, Witold, 1996: Meandry legalizacji NSZZ Solidarność. Autentyczna relacja z wydarzeń wokół legalizacji w listopadzie 1980 roku. Warszawa.
- Gribov, Anatolij, 1990: Beitrag in: Wejda nie wejda. Polska 1980-1982: wewnętrzny kryzys, międzynarodowe uwarunkowania. Konferencja w Jachrance, listopad 1997. Londyn.
- Holzweißig, Gunter, 1997: Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur. Bonn.
- Kania, Stanisław, 1991: Zatrzymać konfrontację. Warszawa.
- Kubina, Michael, 1998: Wollte Honecker militärische Intervention in Polen? In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 6, 3-16.
- Kubina, Michael/Wilke, Manfred (Hg.), 1995: „Hart und kompromißlos durchgreifen“. Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung. Berlin.
- Kukliński, Ryszard (1987): Wojna z narodem widziana od środka. Warszawa.
- ND (Neues Deutschland), 29.10.1980: Zu den zeitweiligen Veränderungen im privaten Reiseverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen.
- Olschowsky, Burkhard (2005): Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen 1980-1989. Osnabrück.
- Orłowski, Hubert, 1996: „Polnische Wirtschaft“. Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit. Wiesbaden.
- Orłowski, Hubert, 2004: Die Lesbarkeit von Stereotypen. Der deutsche Polendiskurs im Blick historischer Stereotypenforschung und historischer Semantik. Wrocław.
- Paczkowski, Andrzej, 2002: Droga do „mniejszego zła”. Strategia i taktyka obozu władzy lipiec 1980-styczeń 1982. Kraków.
- Rakowski, Mieczysław F., 1985: Czasy nadziei i rozczarowań. Warszawa.
- Sächsisches Tageblatt, 30.10.1980: Zum Reiseverkehr zwischen der DDR und der VR Polen; Zu zeitweiligen Veränderungen im privaten Reiseverkehr zwischen DDR und VR Polen.
- Schlosser, Horst Dieter, 1990: Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen. Köln.
- Tantzscher, Monika (1995): „Was in Polen geschieht ist für die DDR eine Lebensfrage!“ Das MfS und die polnische Krise 1980/81. In: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd V/3. Baden-Baden, 2601-2761.
- Weydenthal de, Jan B./Porter, Bruce D./Devlin, Kevin, 1990: Polski dramat 1980-1982. Warszawa.
- Wilke, Manfred/Gutsche, Reinhardt/Kubina, Michael, 1994: Die SED-Führung und die Unterdrückung der polnischen Oppositionsbewegung 1980/81. Bericht des BIOst, Nr. 36, Köln, 25.
- Wojtaszyn, Dariusz, 2007: Obraz Polski i Polaków w prasie i literaturze Niemieckiej Republiki Demokratycznej w okresie powstania Solidarność i stanu wojennego. Wrocław.
- Wojtaszyn, Dariusz, 2009: Akcja pomocy NRD dla Polski po ogłoszeniu stanu wojennego – odruch serca czy przedsięwzięcie propagandowe. In: Kerski, Basil et al. (Hg.): Przyjaźń nakazana? Stosunki między NRD i Polską w latach 1949-1990. Wrocław, 173-193.
- Wolle, Stefan, 1998: Die heile Welt der Diktatur. Berlin.